

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff N. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 2 Mk., durch unsere Kurierträger zugewogen in der Stadt monatlich 2 Mk., auf dem Lande 2 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 6 Mk., halbjährlich 10 Mk., jährlich 18 Mk. Postgebühren sind in der Preisangabe nicht enthalten. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Insertionspreis 2 Mk. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Hellwachen, die 2-spaltige Korpuszeile 1 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisnachlässe. Zeitungsanzeigen im amtlichen Teil (nur bei Behörden) die 2-spaltige Korpuszeile 1 Mk. Nachweisungsgebühren 50 Pfg. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben übernimmt die Redaktion keine Garantie. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Räumlichkeit gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 123

Sonntag den 28. Mai 1922.

81. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Montag vormittag 11 Uhr im Rathaus — Sitzungssaal — meistbietende Verpachtung der städtischen Grasungen. Wilsdruff, am 27. Mai 1922.

Der Stadtrat.

**Wegesperrung Sühndorf.** Der Sühndorf-Weistropfer Kommunikationsweg wird vom 29. bis mit 31. Mai wegen Passenschutt mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft gesperrt. Der Verkehr wird über den Oberwarthaer Weg verwiesen. Sühndorf, am 27. Mai 1922. **Schade, Gemeindevorstand.**

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* In Berlin fanden Kabinettsberatungen über die Pariser Verhandlungen des Ministers Hermes statt, die zu einem Gegensatz zwischen Dr. Wirth und Dr. Hermes geführt haben.
- \* Die Zusagen, die Dr. Hermes in Paris gegeben hat, umfassen u. a. den Plan neuer Steuern und innerer Kredite zur Deckung der Fehlbeträge im Reichshaushalt.
- \* Auf Grund der Pariser Besprechungen glaubt man an unrichtigen Stellen, daß die Gefahren des 31. Mai jetzt als beseitigt angesehen werden können.
- \* Die britische Regierung soll Änderungen erhalten haben, daß Frankreich beschloß, das Ruhrgebiet nicht zu besetzen.
- \* In Wittenberg wurde die Gründungsdekret zum deutsch-englischen Rindchenbund feierlich unterzeichnet.
- \* Bei Wien explodierte eine Dynamitfabrik, wobei 250 Personen verletzt oder verwundet wurden.

### Lloyd Georges Mahnung.

Lloyd George gedachte anders aus Genua nach Hause zu kommen. Aber nicht wie ein erfolglos Abgekämpfter tritt er vor das Parlament, sondern im Bewußtsein der Berechtigung seines Heiles, das er sich gefestigt hat und an dem er auch nicht zweifelt, wenn es ihm auch nicht gleich zu erreichen gelingt ist. Genua ist für ihn ein Markstein der Arbeit, dessen Bedeutung dadurch nicht verringert wird, daß sie langsam vorwärts geht und sich noch nicht zeigt, auf welchem Wege das Ziel zu erreichen ist. Sein Urteil über die Konferenz ist auf jeden Fall wichtig. Er gibt sich keinen Illusionen über die Fortsetzung im Haag hin, er hofft, aber er rechnet nicht mit Ereignissen, die noch nicht sicher sind. Welt das überhaupt so seine Art ist, deshalb ist er auch von Genua nicht enttäuscht.

Die Deutschen haben einen Fehler gemacht, sagte er in seiner angelegentlichsten großen Rede vor dem englischen Unterhause, als sie den Vertrag von Rapallo mit den Russen abschlossen. Aber meint er es wirklich, wenn er dem Vertrag solche Bedeutung beimißt, daß letzten Endes daraus eine Nachvollziehung der Vertragsbeziehungen geschaffen werden könnte, die in sich und durch sich allein schon den Verfasser Vertrag revidieren würde? Schließlich ist das ja auch Lloyd Georges Ziel, weil unter dem Druck des Vertrages die Befriedigung Europas einfach nicht möglich ist.

Deutschland sei entwaffnet, sagte Lloyd George. Falls nötig, so könnte man noch mehr entwaffnen. Man könnte Deutschland nicht jedes Gewehr wegnehmen, aber die meisten Gewehre, und Deutschland vollkommen wehrlos machen, aber eine Sache könnte man nicht tun: man könne Deutschland nicht hindern, Rußland zu bewaffnen, wenn die beiden Nationen zur Verzweiflung getrieben würden. Deutschland könne Rußland nicht wirtschaftlich wiederaufbauen, es habe nicht das dazu nötige Kapital; man brauche hierzu den Westen. So verhalte es sich nicht mit der Bewaffnung: da habe man alle natürlichen Hilfsmittel in dem einen Lande und alles technische Geschick in dem anderen.

Die deutsche Regierung hat weder an die Organisation der Bewaffnung Rußlands gedacht, noch sie durch den Rapalloer Vertrag bezweckt oder auch nur direkt beabsichtigt. Aber es müßte die natürliche Folge der Politik der Unterdrückung sein, daß zwei verfeindete Staaten zusammengetrieben wurden, und wenn Lloyd George das anerkennt, rechtfertigt er das deutsche und das russische Verhalten. Vielleicht war es ein größerer Fehler der Entente, diese beiden Staaten zwangsläufig zusammenzutreiben, von denen Deutschland jedenfalls die organisatorischen und geistig-technischen Fähigkeiten, Rußland die materiellen Möglichkeiten hat, für den Fall, daß auf anderem Wege eine gerechte Neuordnung der Welt nicht durchführbar ist. Die Artikel Lloyd Georges gilt tatsächlich Frankreich, das diese Entwicklung notwendig gemacht hat.

Lloyd George sieht die Möglichkeiten voraus, die durch eine Anechtung Deutschlands und durch Achtung Rußlands heraufbeschworen werden müssen, wenn es so weit ist, daß zum letzten Mittel gegriffen werden muß. Aber so weit sind wir noch lange nicht, und die englische Politik geht ja auch darauf hinaus, diese Gefahr durch eine Revision des Friedensvertrages durch die Entente auszuschalten. Er malt das Schreckgespenst nur an die Wand, um seinen Absichten die Wege zu ebnen. In Frankreich, das ihn nicht verstehen will, wird man diese Zukunftsmöglichkeit sicherlich zu einer Rechtfertigung des militärischen Prinzips benutzen. Aber der Eindruck ist nicht zu unterschätzen, daß in diesem Falle England, wie

es aus Lloyd Georges Rede unmißverständlich herauskommt, nicht auf der Seite des Staates zu finden sein wird, der eine gewaltsame Wendung der Dinge in frivolem Siegerübermut heraufbeschwört.

Durch die Wiederholung seines Marmuses von Genua in wohlüberlegter Form beabsichtigt der englische Ministerpräsident, Frankreich, das alle seine Versuche bisher erfolgreich durchkreuzt hat, zu zwingen, in der es mit England zusammenwirken kann. Er will ein freundschaftliches Verhältnis, und wenn er auch nicht an diesem kritischen Punkt vorbeigeht, so befindet er sich doch in Abereinstimmung mit der Meinung Englands, in dem auch die Opposition nicht die unbedingte Führerschaft Frankreich überlassen will. Man hat den Eindruck, daß Lloyd George seine innerpolitische Stellung durch diese Erklärung über Genua aufs neue gefestigt hat, und daß man nunmehr auch auf die Anerkennung seiner Prinzipien durch Frankreich Grund hat zu hoffen.

### Vertrauensvotum für Lloyd George.

Asquith, der Führer der Opposition im englischen Unterhause, führte nach dem Premierminister aus, die Ergebnisse der Konferenz von Genua seien überaus dürftig. Keine der gegebenen Hoffnungen sei erfüllt worden. Der Lösung der bestehenden großen europäischen Differenzen sei man nicht mit einem Schritt näher gekommen. Man habe sich mit den wirtschaftlichen Problemen nicht befaßt. Welchen Zweck habe es, Resolutionen zu fassen, wie es in Genua geschehen sei, bevor man die grundlegenden Probleme der Reparationen und der internationalen Schulden behandelt habe. Auch Lord Robert Cecil kritisierte die Genuaer Konferenz scharf.

Lloyd George wandte sich dann energisch gegen die beiden Redner und das Unterhause erteilte mit 235 gegen 26 Stimmen ein Vertrauensvotum. Die Arbeiterpartei enthielt sich der Stimmabgabe.

### Kanzler und Finanzminister.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 26. Mai.

Im Näherwerk unserer großen Regierungsmaschine, die lange Zeit glatt und reibungslos gearbeitet hat, ist seit einigen Tagen ein bedenkliches Knirschen vernehmbar. Der Apparat ist irgendwie in Unordnung gekommen, die Maschine stotzt, und doch sind es diesmal keineswegs die verächtlichen „Parteipolitiker“ gewesen, die etwa heimlich Sand in den empfindlichen Mechanismus gestreut hätten. Diesmal ist es eine reine „Palastrevolution“, die innerhalb des allerengsten Kreises des Kabinetts entstand. Zur Stunde, in der diese Zeilen geschrieben werden, ist man auf dem Wege der gründlichen Aussprache um die Beseitigung der Spannungen und Hemmungen bemüht, — wenn sie im Druck erscheinen, ist voraussichtlich die Lösung längst gefunden, und zwar, wie man jetzt glaubt, im Sinne einer friedlichen Verständigung ohne den Rücktritt des Kanzlers oder des Finanzministers.

Was ist zwischen Herrn Dr. Wirth und Herrn Dr. Hermes vorgefallen? Man weiß zunächst seit langem, daß die beiden Zentrumsminister persönlich nicht eben gute Freunde sind. Das hat nur zwar in der Politik nicht viel zu bedeuten, kann aber doch, wenn sachliche Differenzen aufstehen, verschärfend ins Gewicht fallen. Diese politischen Meinungsverschiedenheiten sind nun in einer höchst seltsamen Frage, gewissermaßen in einem Kampf mit vertauschten Fronten zum Ausbruch gekommen. Dr. Wirth, der gern als der „Erfüllungskanzler“ bezeichnet wird, hat bekanntlich gerade wegen seines weitgehenden Erfüllungswillens viele Gegner, besonders in den rechtsstehenden Parteien. Diese haben bereits vor längerer Zeit gewünscht, daß an Stelle Wirths der innerhalb des Zentrums weiter rechts stehende Minister Hermes den Kanzlerposten übernehmen möge. Hermes hat aber nun bei seinen Besprechungen in Paris der Reparationskommission Zusagen gemacht, die eigentümlicherweise gerade Herrn Dr. Wirth zu weit gehen, während die meisten übrigen Minister mit Hermes einig sind. Der Kanzler glaubt, daß er die Pariser Politik des Finanzministers nicht verantworten kann, und wenn er auch nicht, wie übertriebene Gerüchte behaupten, daraufhin seinen Rücktritt angeboten hat, so bestand doch infolge dieser Differenz eine unabweisbare Kabinettskrise. Sachlich ist zunächst festzustellen, daß Hermes in Paris der Reparationskommission folgende Zugeständnisse gemacht hat:

Unbedingte Beseitigung des Fehlbetrags im Etat

durch Steuerüberschüsse, wenn nötig aber auch durch neue Steuern, Einschränkung der Reichsausgaben, Stilllegung der Notenpresse und wenn nötig, langfristige innere Kredite zum Ausgleich des Haushalts.

Der Reichskanzler hält nun vor allem die Vorzüge neuer Steuerentwürfe für absolut unmöglich, ebenso glaubt er nicht, daß man angesichts des steigenden Geldbedarfs für die Beamtenbesoldung schon jetzt die Notenpresse stilllegen kann. Die Mehrheit des Kabinetts ist jedoch der Ansicht, daß die Vorschläge, die Hermes gemacht hat, durchführbar sind, und daß sie nicht, wie der Kanzler meint, von der Haltung abweichen, die die Regierung seinerzeit gegenüber der 60-Milliardenforderung der Reparationskommission eingenommen hat. Man bemüht sich vor den verschiedenen Seiten, einen Ausgleich zwischen Wirth und Hermes herbeizuführen und weist vor allem darauf hin, daß die Vorschläge des Ministers natürlich nur unter der Voraussetzung gegeben wurden, daß dann die Anleihe zustandekommt, die wir brauchen. Wesentlich ist ferner, daß man jetzt allgemein den Eindruck hat, daß durch die Pariser Besprechungen die Gefahren des 31. Mai als beseitigt angesehen werden. Man erwartet eine Fristverlängerung, in der dann die Punkte, über die vor dem 31. Mai kein Beschluß gefaßt werden soll, zustandegebracht werden kann. Sollten diese großen Fragen geregelt werden, dann glaubt man auch, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Kanzler und Finanzminister ohne Personenwechsel im Kabinett sich ausgleichen lassen.

### Das ganze Deutschland soll es sein!

Reichspräsident Ebert an die Österreicher. Mit einer politisch bedeutungsvollen Ansprache des Reichspräsidenten Ebert fand der Besuch der Wiener Sänger in Berlin seinen Abschluß. Ebert betonte, daß aus diesem Besuch

eine große deutsche Solidaritätskundgebung emporgewachsen ist, die eine historische Bedeutung für unser Volk und die Einigung seiner Stämme gewinnen wird. Eine etwaige Anglistik, ob diese Kundgebung einen aggressiven Charakter habe, ist schon mit dem Hinweis darauf zurückzuweisen, daß der Vertrag von Versailles selbst die Möglichkeit der Vereinigung der beiden Länder Deutschland und Österreich mit Zustimmung des Völkerbundes vorsieht. Darauf arbeiten wir hin, diesen Tag bereiten wir vor, indem wir schon jetzt eine Kultur- und Wirtschaftsgemeinschaft herzustellen suchen, Paß- und Bismarckzwang beseitigen, die Eisenbahnverbindungen erleichtern und anpassen, den Handel erleichtern und das Schulwesen nach einheitlichen Grundsätzen aufbauen, kulturelle Organisationen verschmelzen und durch eine allgemeine rechtliche Angleichung eine spätere staatsrechtliche Vereinigung vorbereiten. Wenn Sie nach Wien zurückkehren, so schloß der Präsident, werden Sie erzählen, daß der Reichspräsident und der Präsident des Reichstages auf den Tag warten, an welchem wir mit Ihnen von Innsbruck bis Salzburg, von Wien bis Linz vereint sind. Lassen Sie uns gemeinsam in den Ruf einstimmen: „Die Vereinigung von Deutsch-Österreich und Deutschland, sie lebe hoch!“

### Kein Zoll für Auslandszucker.

Große Mengen deutschen Zuckers im Auslande. Die Zuckerinteressenten hatten beantragt, die freigegebene Einfuhr von Auslandszucker mit einem Zoll von 7 Mark pro Pfund zu belegen. Der wirtschaftliche Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit. Der Ausschuss bestätigte einstimmig den Beschluß des Unterausschusses, die Reichsregierung um eine Prüfung zu ersuchen, inwieweit der noch zur Verfügung stehende Inlandszucker den Zucker verarbeitenden Industrien vorenthalten werden kann, und sagte zu der Frage folgende Entschliebung:

„Der Wirtschaftspolitische Ausschuss ist einstimmig der Meinung, daß es undenkbar ist, für den einzuführenden Zucker Zölle zu erheben.“

Der Vertreter des Ernährungsministeriums erklärte, daß die Regierung die Erhebung eines Zolles auch nicht beabsichtigt. In Hamburg haben bereits erhebliche Anläufe von Auslandszucker durch den Großhandel stattgefunden, die Transporte nach dem Inland haben begonnen. Die Preise für amerikanischen Zucker stellten sich in Hamburg auf 15,25 bis 15,75 Mark. Selbst unter Zurechnung der Paerzweien, der Transportkosten, des Windergewichtes